

# Koalitionsvereinbarung

zwischen

der CDU Mainz-Bingen  
vertreten durch ihre Fraktionsvorsitzende Dorothea Schäfer und der stv.  
Kreisvorsitzenden Ingeborg Rosemann-Kallweit

der FDP Mainz-Bingen  
vertreten durch ihre Fraktionsvorsitzende Helga Lerch und dem  
Kreisvorsitzenden Jörg Berres

der FWG Mainz-Bingen  
vertreten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Erwin Malkmus und die stv.  
Fraktionsvorsitzende Jutta Umsonst

über die politische Zusammenarbeit im Kreistag Mainz-Bingen für den  
Rest der Wahlperiode 2009-2014.

## Präambel

Die derzeitige Situation im Kreistag Mainz-Bingen – ausgelöst durch drei fehlgeschlagene Wahlen zur Besetzung der Position des 2. Kreisbeigeordneten und der damit verbundenen Auflösung der Koalition zwischen SPD, B90/Die Grünen und der FWG – verlangt nach politisch verlässlichen und stabilen Verhältnissen. Die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Mainz-Bingen brauchen Gewissheit und Berechenbarkeit im Hinblick auf Fragen der Gestaltung der politischen Zukunft. Die in dieser Koalitionsvereinbarung genannten Partner stellen sich dieser Verantwortung und wollen gemeinsam die Kreispolitik in den kommenden Jahren gestalten.

## Leitziel

Leitziel der Kreispolitik ist die Konsolidierung der Kreisfinanzen mit dem Ziel der Schuldenfreiheit bis 2014/15. Trotz der im Vergleich zu anderen Landkreisen stabilen Haushaltssituation sehen die Koalitionspartner eine Verpflichtung zum sparsamen Umgang mit den Kreisfinanzen. Die Entschuldung und damit verbundene Einsparung von Zins und Tilgung sind das Leitziel für die kommenden Jahre.

## Politikfelder

1. Die Kreisumlage wird im Haushaltsjahr 2012 um 0,5 Prozentpunkte gesenkt, um den Kommunen zusätzliche Finanzmittel für ihre Aufgabenwahrnehmung zu belassen.  
Sofern es die Haushaltsslage erlaubt, wird die Kreisumlage auch im Jahr 2013 um 0,5 Prozentpunkte weiter gesenkt.
2. Im Haushaltsjahr 2012 werden für die Ehrenamtsförderung 1,5 Millionen Euro eingestellt. Dazu werden die Richtlinien überarbeitet. Die Weiterführung in den folgenden Jahren steht unter dem Vorbehalt der Haushaltssituation.
3. Die Schulen des Landkreises werden auf dem bestehenden Ausbaustand weiterentwickelt. Dies gilt insbesondere für die Ganztagschulen, schulische Sportmöglichkeiten und die Unterstützung der Förderschulen als unverzichtbarer Pfeiler der Hilfe für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Die Berufsbildenden Schulen im Kreisgebiet werden nachhaltig unterstützt – im Interesse von Schülern und ausbildenden Betrieben. Eine erforderliche Kooperation mit allen benachbarten Landkreisen und der Stadt Mainz für einzelne Ausbildungsberufe wird in Abstimmung mit der regionalen Wirtschaft bzw. den Innungen erfolgen. Der Wunsch zur Einrichtung beruflicher Gymnasien wird weiter verfolgt.  
Zukünftig erforderliche Schulbaumaßnahmen sind in einem umfänglichen Konzept zur mittel- und langfristigen Planung aufzunehmen.  
Zur Verbesserung der Schülerbeförderung werden eine Hotline bei der Kreisverwaltung sowie ein runder Tisch, bestehend aus Vertretern/innen aus Schulen, Eltern, Verwaltung und Verkehrsbetrieben, eingerichtet.
4. Die Koalitionspartner setzen sich für den Ausbau des Landkreises zum Familienlandkreis ein. Dies beinhaltet die Erarbeitung einer Gesamtkonzeption zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung unter Einbeziehung der kommunalen und privaten/konfessionellen Träger. Eine „Kindergartenfeuerwehr“ soll die Träger bei der Überbrückung personeller Engpässe unterstützen. Zur weiteren Förderung der Kindertagespflege soll ein Konzept entwickelt werden. Hierzu gehören auch Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der erzieherischen Berufe.  
Eine Bedarfserhebung zur Einrichtung weiterer Förderkindergartengruppen an mehreren Standorten im Landkreis soll erfolgen.
5. Die demografische Entwicklung verlangt nach Maßnahmen. Die Koalitionspartner werden deshalb einen Demografieatlas auf den

Weg bringen, der alle Politikbereiche der Kreispolitik einer Überprüfung auf der Grundlage der altersmäßigen Verschiebung unserer Bevölkerung unterzieht.

Es sollen konkrete Hilfsangebote geschaffen werden, die ein selbst bestimmtes Leben im Alter ermöglichen: etwa die Unterstützung von Mehrgenerationenprojekten und anderen Formen der Nachbarschaftshilfe sowie Wohngemeinschaften.

Um diese Ziele zu erreichen, ist die Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur (z.B. ÖPNV, ärztliche und pflegerische Angebote, Tagespflege, Bedingungen für mobilitätseingeschränkte Personen) notwendig.

6. Der Wirtschaftsstandort „Mainz-Bingen“ soll durch geeignete Maßnahmen eine Aufwertung erhalten. Die derzeit praktizierte „Mitverwaltung“ wird der wirtschaftlichen Bedeutung des Landkreises nicht gerecht. Die Koalitionspartner werden deshalb die personelle und inhaltliche Verankerung von „Kreientwicklung und Beschäftigung“ initiieren.  
Die Umsetzung des Masterplans „Regionalpark“ wird angestrebt. Die Städte und Gemeinden werden bei der Sicherstellung einer flächendeckenden leistungsfähigen Breitbandversorgung (DSL) unterstützt.
7. Die Koalitionspartner unterstützen den Landkreis als neu geschaffene Optionskommune. Es wird ein Ausschuss eingerichtet, der Aufbau und Entwicklung kritisch begleitet.
8. Das Ziel der Schaffung von Rheinquerungen wird wieder weiter verfolgt. Daneben werden Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur einschließlich der Verbesserung des Radwegenetzes und des ÖPNV in Angriff genommen.
9. Mittelfristig streben die Koalitionspartner ein Kompetenzzentrum Umwelt- und Klimaschutz an. Zur Umsetzung dieser Ziele wird ein „Runder Tisch“ etabliert.
10. Wir unterstützen die Kommunen in ihrem Bemühen um Reduzierung des Flug-, Bahn- und Straßenlärms.
11. In Zusammenarbeit mit den Integrationseinrichtungen, den Einrichtungen des Jobcenters, den Weiterbildungseinrichtungen, vor allem der Kreisvolkshochschule, soll die Integration im Landkreis verbessert werden. In allen Bereichen von Wirtschaft und Bildung wird der Landkreis seinen Standard nur halten, wenn die Integration auf allen Ebenen gelingt.
12. In Verbindung mit den Einrichtungen „Kultur im Landkreis“ sowie der Rheinhessentouristik werden Maßnahmen zur Verstärkung der Rheinhessen-Identifikation (200 Jahre Rheinhessen im Jahre 2016) getroffen.

für die CDU .....  
D. Schäfer I. Rosemann-Kallweit

für die FDP .....  
H. Lerch J. Berres

für die FWG .....  
E. Malkmus J. Umsonst

Ingelheim, den 03.12.2011